

Resolution für eine aktive Stärkung der Demokratie und gegen Nazis

Das derzeitige Erstarken der AFD gefährdet alles, wofür die Grünen stehen:

- Antidiskriminierung
- Gleichberechtigung
- Soziale Gerechtigkeit
- Umwelt- und Klimaschutz

Eine Regierungsbeteiligung der AFD auf jeder Ebene wird dazu führen, dass wirksamen Projekten in diesen Bereichen die Finanzierung entzogen und über Jahrzehnte aufgebaute Erfolge mit einem Schlag zunichte gemacht werden.

Neben der augenscheinlichen Gefährdung der Meinungsfreiheit und Vielfalt, der Bedrohung von Menschen aus ganz unterschiedlichen Gruppen und von Demokratie und Rechtsstaat, besteht insbesondere im Bereich Klimaschutz die Gefahr, dass wir um Jahre zurückgeworfen werden und die schlimmsten Prognosen in Bezug auf den Klimawandel eintreten.

Aus diesem Grund liegt es im ureigensten Interesse der Grünen Partei, unsere politische Landschaft und Gesellschaft vor der AFD und anderen rechts Gesinnten zu schützen und alles dafür zu tun, dass ihr Einfluss schwindet

Zum jetzigen Zeitpunkt sollte es auch mit Blick auf den Wahlkampf nicht in erster Linie darum gehen, als Grüne Partei zu punkten, sondern die Wahlberechtigten im Land davon zu überzeugen, überhaupt wählen zu gehen und ihre Stimme einer demokratischen Partei zu geben.

Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Grünen, wenn sie in diesem Sinne authentisch sichtbar sind, auch Wähler*innen und Neumitglieder gewinnen werden.

Diese Resolution schlägt eine Strategie gegen Rechts vor, die aus drei Teilen besteht:

1. Bündnisse und Netzwerke
2. Aktionen und Projekte
3. Öffentlichkeitsarbeit

zu 1. Bündnisse und Netzwerke

Um schlagkräftig für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu sein, sollten wir

- ein breites, demokratisches, anti-faschistisches Bündnis der Zivilgesellschaft aus Parteien, Verbänden, Vereinen etc. schmieden, das die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet und schützt
- aktiv Kontakte in migrantische Netzwerke aufbauen, um sie zu unterstützen und um gemeinsam Hürden bürgerschaftlichen Engagements und politischer Partizipation in den Communities zu identifizieren und zu senken
- unsere interne Vernetzung mit anderen Landesverbänden und themenbezogenen Arbeitsgruppen der Grünen im Bund verstärken

zu 2. Aktionen und Projekte

Durch konkretes Handeln können wir Menschen erreichen, aktivieren und von unseren Werten und Visionen überzeugen, daher

- sind alle Mitglieder aufgerufen, mit eigenen Initiativen, Projekten und Aktionen z.B. auf Missstände aufmerksam zu machen / die Demokratie zu stärken / interessierten Menschen Einblicke in unterschiedliche Lebenswelten zu ermöglichen.
- fördern die gewählten Vertreter*innen die Teilhabe der Mitglieder, indem sie dazu ermutigen, eigene Initiativen, Projekte und Aktionen durchzuführen.

zu 3. Öffentlichkeitsarbeit und Social Media

Um sichtbar zu machen, dass die Mehrheit im Land für Demokratie und Vielfalt steht, sollten

- Öffentlichkeitsarbeit und Social Media die Durchführung der Initiativen, Projekten und Aktionen begleiten und über die Ergebnisse berichten.
- Anträge in die Räte eingebracht werden mit dem Ziel, gemeinsam mit allen demokratischen Parteien und Verbänden Aufklärungs- und Werbekampagnen zu entwickeln, zu Themen wie Demokratie leben / Wählen gehen / Möglichkeiten sich einzubringen.